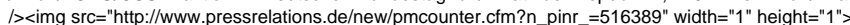




## Union fördert Ehrenamt seit fünfzehn Jahren

Union fördert Ehrenamt seit fünfzehn Jahren  
Die Nachfrage nach verschiedenen Beteiligungsformen ist bisher ungebrochen hoch  
Der Internationale Tag des Ehrenamtes am heutigen Donnerstag würdigt das bürgerschaftliche Engagement. Vor genau 15 Jahren, am 5. Dezember 1997, hat sich der Deutsche Bundestag erstmals mit der Förderung des Ehrenamtes befasst. Dazu erklärt der sport- und ehrenamtspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Klaus Riegert: "In Deutschland engagieren sich bereits heute mehr als 23 Millionen Menschen ehrenamtlich und bereichern dadurch das soziale Miteinander und stärken den Zusammenhalt in unserem Land. Anlässlich des Internationalen Tages des Ehrenamtes sei allen freiwillig Tätigen für Ihr soziales Engagement gedankt." Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat sich mit ihren politischen Strategien und Maßnahmen stets für das Ehrenamt eingesetzt und für eine Weiterentwicklung stark gemacht. Am 12. Dezember 2012 wird im Rahmen einer Anhörung der Entwurf des "Gemeinnützigkeitsentbürokratisierungsgesetzes" diskutiert. Neben vielen rechtlichen Erleichterungen des Ehrenamtes sieht der Entwurf eine Erhöhung der Ehrenamtspauschale auf 720 Euro und der Übungsleiterpauschale auf 2400 Euro vor. Im Februar 2013 soll das Gesetz beschlossen und rückwirkend zum 1. Januar 2013 in Kraft treten. Als Erfolgsmodelle haben sich bereits der neue Bundesfreiwilligendienst und die nationale Engagementstrategie erwiesen. Die Nachfrage nach verschiedenen Beteiligungsformen ist bisher ungebrochen hoch. Zudem wird der neue, generationsoffene Freiwilligendienst der Bereitschaft und den Interessen älterer Menschen im Besonderen gerecht. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion wird sich auch künftig für das bürgerschaftliche Engagement in Deutschland kraftvoll einsetzen." Hintergrund: Am 5. Dezember 1997 hat sich der Deutsche Bundestag erstmals mit der Ehrenamtsförderung befasst. Zwei Jahre danach wurde die Enquete-Kommission "Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements" eingerichtet, woraus später der Unterausschuss Bürgerschaftliches Engagement im Deutschen Bundestag hervorgegangen ist. Seit fünfzehn Jahren befasst sich der Deutsche Bundestag regelmäßig mit verschiedensten Aspekten der Ehrenamtsförderung. CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag  
Platz der Republik 1, 11011 Berlin  
fraktion@cducsu.de  
http://www.cducsu.de  


### Pressekontakt

CDU/CSU-Fraktion

11011 Berlin

### Firmenkontakt

CDU/CSU-Fraktion

11011 Berlin

Die Christlich Demokratische Union Deutschlands ist die Volkspartei der Mitte. Wir wenden uns an Menschen aus allen Schichten und Gruppen unseres Landes. Grundlage unserer Politik ist das christliche Verständnis vom Menschen und seiner Verantwortung vor Gott. Unsere Grundwerte Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit sind daraus abgeleitet. Die CDU ist für jeden offen, der die Würde und Freiheit aller Menschen und die daraus abgeleiteten Grundüberzeugungen unserer Politik bejaht. Die CDU Deutschlands steht für die freiheitliche und rechtsstaatliche Demokratie, für die Soziale und Ökologische Marktwirtschaft, die Einbindung Deutschlands in die westliche Werte- und Verteidigungsgemeinschaft, für die Einheit der Nation und die Einigung Europas. Ein menschlicher, an christlichen Werten ausgerichteter Kurs: Das sind Kompaß und Richtmaß unserer Politik. Auf dieser Grundlage treten wir an, unser Gemeinwesen in der sich verändernden Welt weiterzuentwickeln. Wir werden diesen Weg mit Mut und Tatkraft gehen, um unseren Kindern und Enkeln für ihre Zukunft im 21. Jahrhundert alle Chancen zu geben. CSU Wurzeln und Auftrag der CSU-Landesgruppe sind eng verknüpft mit der deutschen und bayerischen Parteiengeschichte. Die CSU-Landesgruppe ist als Zusammenschluss der Abgeordneten der CSU im Deutschen Bundestag institutionelle Basis und Kraftzentrum des bundespolitischen Gestaltungsanspruchs, der sich zu keiner Zeit ausschließlich auf die Durchsetzung bayerischer Interessen im Bund bezog, sondern immer Politik für ganz Deutschland bedeutete. Von Anfang an haben daher Mitglieder der CSU-Landesgruppe in unionsgeführten Bundeskabinetten Regierungsverantwortung übernommen.